

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. • Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mark, für Versammlungsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Zwei Jahre Weltkrieg

Nun zählt es sich zum zweiten Male, seitdem das blutigste und gewaltigste Völkerringen, das je die Welt sah, seinen Anfang genommen. Und im Augenblick töbt der Waffenlärm gewaltiger denn je. Wieder einmal sind wir an einem Höhepunkt angelangt. Wird er die ersehnte Entscheidung bringen? Wird er wieder krögen wie schon so mancher andere „Höhepunkt“, an den starke Hoffnungen geknüpft wurden? Wir können es nicht wissen, wenigstens im Augenblick noch nicht, solange das gegenwärtige Ringen nicht entschieden ist. Und so fließt denn weiter aus allen Wunden das kostbare Blut, an das sich so viele Hoffnung, Liebe und Sorge knüpft. Wir tragen schwer, furchtbar schwer an diesen Opfern. Was uns tröstet, ist der unvergleichliche Heldennut und die Tapferkeit unserer Brüder, die für ein großes Ziel ihr Leben in die Schanze schlagen. Sie tun es für die Zukunft und das Wohl des deutschen Vaterlandes und seines Volkes.

Zwei Jahre dauert das Ringen nunmehr. Mit welcher großen Hoffnungen sind unsere Feinde ins Feld gezogen! Die gewaltige Uebermacht sollte uns in kurzer Zeit niederdrücken, mit dem angeblich morschen Oesterreich glaubten sie ohnehin in kürzester Frist fertig zu sein. Was hat unseren Feinden ihre Uebermacht genützt? Sie haben im günstigsten Falle sich durch sie vor der vernichtenden Niederlage geschützt. Sie konnten jedoch uns weder aus Nordfrankreich und Belgien, aus Serbien, Montenegro und Albanien, ebensowenig aus den von uns besetzten gewaltigen Territorien Rußlands vertreiben. Der Weg Berlin-Konstantinopel wurde frei, ebenso der Donauweg. Haben die Russen noch einmal in Ostgalizien und in die Bukowina eindringen können, so sind wir der sicheren Hoffnung, daß ihr Verbleiben hier nur von Wochen begrenzt bleiben wird.

Das Eingreifen des verräterischen Italiens in den Kampf hat nur die Wirkung gehabt, daß er in die Länge gezogen wurde. Im übrigen ist der Einfluß gering, was dem Großmachtsbusel dieses Volkes und seiner Führer am bittersten ist. Wohl kaum in der Weltgeschichte ist ein Volk verbrecherischer in den Krieg getrieben worden. Der Verräter hat schon jetzt den Bohn, denn den gebrachten Opfern gegenüber hat er nur die ihm freiwillig überlassenen Grenzstreifen als vorläufigen Gewinn zu buchen. Wir sagen als vorläufigen, denn es ist kein Gebaute daran, daß er sie jemals sein eigen nennen wird. Die hochfliegenden Pläne des „Beherrschers der Adria“, der den ganzen österreichischen Küstenstrich und Albanien einzuheimen gedachte, der die österreichisch-ungarische Monarchie zu einem Binnenstaat herabzubringen glaubte, sind schon heute begraben.

Gegenwärtig rennen die Feinde auf allen Fronten gegen uns. Seit vielen Wochen wurde die große gemeinschaftliche Offensive angekündigt. Ganz gemeinschaftlich wurde sie nicht, die Taktik der Mittelmächte verhinderte dies. Aber immerhin: So „gemeinschaftlich“ wie dieses Mal, war sie in den beiden nun verflorenen Jahren noch nicht. Es hat lange gedauert, bis sie dahin kamen, und auch jetzt ist es noch nichts Vollständiges. Und was sehen wir? Nur in Bosnien, Galizien und der Bukowina war es den Russen möglich, unter ungeheuerlichen Verlusten ihre Front wesentlich vorzudrücken, nördlich der Pripietjumps fließen sie an eine eiserne Mauer. Die Italiener durften nach der österreichischen Offensive in Tirol nur soweit wieder vorstoßen, als ihnen dies die österreichische Heeresleitung freiwillig gestattete. In Mazedonien führen die Engländer, Franzosen und Serben ein faules Leben, zwißeln dafür um so mehr auf Anweisung der „Beschützer der kleinen Staaten“ den König der Griechen und sein Volk, weil beide nicht bereit sind, sich für die „Beschützer“ zu opfern.

Auf der Westfront aber töbt das blutigste Ringen, das der Krieg gesehen. Frankreich ruft um Hilfe. Verbun hat ihm gewaltige Opfer gelistet, trotzdem ist das Sackial der Festung in bedenkliche Nähe gerückt. Der Fall derselben würde auf das französische Volk und die Neutralen einen äußerst üblen Ein-

druck machen. Also Engländer, nun mal ran, du hast dich lange genug gedrückt. Mit dem bloßen Prahlern mit der fünf-Millionen-Armee, der gewaltigen Munitionserzeugung und anderen Großsprecheren war Frankreich nicht mehr gebient. Und so sah sich der Engländer gezwungen, endlich einmal selbst Opfer zu bringen. Nun hat er sich mit seinem ganzen Gewicht engagiert, allerdings doch nicht allein, einen Teil der Offensive hat er trotz allem den Franzosen angebrängt. Aber der Ausgang des Ringens bleibt an ihm hängen. Bis zum Schreiben dieser Zeilen war ihr wütender Ansturm nur von geringfügigen Erfolgen begleitet, die ihnen von unseren Truppen noch aufs äußerste streitig gemacht werden. Und die englischen Zeitungen wissen zu erzählen von der Tapferkeit und der verbissenen Mut der deutschen Soldaten, mit der sie den Engländern gegenüber kämpfen. Das glauben wir. Kein Feind ist verhasster in Deutschland wie der Engländer, weil wir in ihm den wahren Schuldigen am Weltkrieg erblicken. England hat sich diesmal mit seinem ganzen Ansehen eingesetzt. Das Ziel ist ihm ein hohes, es soll die Entscheidung bringen. Der Ausgang kann jetzt schon, nach dem mehr als vierwöchigen Ringen, nicht mehr zweifelhaft sein. Es öffnet sich weder der Weg nach Brüssel, noch nach dem deutschen Rhein. Und geschlagen sind die deutschen Truppen erst recht nicht.

Zur See hatten wir das große Erlebnis der Schlacht am Jageraaf. Sie brachte dem „Beherrscher der Meere“ eine empfindliche Niederlage. Auch sonst wurden sowohl den Engländern wie den Franzosen empfindliche Verluste zur See beibracht, wir erinnern an die Seeschlacht bei Coronell, an die Dardanellenkämpfe, an die Opfer unserer Unterseeboote.

Politisch hatten unsere Gegner den Erfolg, daß sie in Italien einen zum Treubruch willigen Partner fanden. Gegenwärtig hegen sie ihn zur Kriegserklärung an Deutschland, die wohl kommen wird. Das ist gleichgültig, irgendein Einfluß wird damit nicht ausgeübt. Englisches Geld hat bei dem käuflichen Italien sein gewolltes Ziel erreicht. Auf dem Balkan blieb das Werben unserer Feinde ohne Erfolg. Dem entschiedenen Anschluß der Türkei an die Mittelmächte folgte Bulgarien. Alle Bestrebungen in Griechenland zum Anschluß an England und Frankreich waren bis jetzt ergebnislos, ebenso in Rumänien. In letzterem Staat arbeiten sie gegenwärtig mit Hochdruck, wie es den Anschein hat, nicht ganz ohne Erfolg. Jedemfalls wird die nächste Zeit Klarheit darüber bringen. Die an die kriegsführenden Staaten angrenzenden Länder haben keinen leichten Stand, in keinem ist eine einheitliche Stimmung für oder gegen den einen oder anderen der kriegsführenden vorhanden. Der Konflikt mit Nordamerika blieb vermieden durch unser Einlenken in der Unterseebootsfrage entsprechend den Wilson'schen Wünschen. Die Schuld Nordamerikas in diesem Weltkrieg wächst ins Riesengroße. Deutsches Blut fließt in Strömen unter der Wirkung amerikanischer Munition, die schußden Gewinnes halber in riesenmassen hergestellt wird. Jede Schuld rächt sich auf Erden, und wir hoffen's auch von dieser. Ohne die amerikanische Munitionserzeugung wäre der Weltkrieg wohl entschieden.

Das Wirtschaftsleben der Mittelmächte hat sich trotz der Absperrung vom Meere gesund und kräftig erhalten. Durch Ueberführung wichtiger Rohmaterialien in Allgemeinbesitz und entsprechende Einteilung und Verteilung ist der Bedarf gesichert. Freilich müssen wir uns einschränken und aufs sparsamste wirtschaften.

Die Nöte des Krieges waren ein mächtiger Antriebs für den Erfindergeist auf allen möglichen Gebieten. Die Stoffscherzeugung aus der Luft hat ungeahnte Fortschritte gemacht, ohne sie wäre die jede Begriffe übersteigende Munitionserzeugung undenkbar gewesen. Als letzten Triumph haben wir die Ankunft des Untersee-Handelsboots „Deutschland“ in Baltimore gefeiert. Was man noch vor kurzer Zeit für unmöglich erklärte, deutscher Erfindergeist und Hagemut hat es trotz aller entgegen-

stehenden Schwierigkeiten möglich gemacht. Unsere Feinde haben dem nichts gegenüber zu stellen.

Nunmehr werden auch die Engländer und Franzosen nicht mehr glauben, daß wir auszuhungern sind. Die neue Ernte hat begonnen, nach allgemeinem Urteil wird sie eine gute werden. Gewiß sind unsere Nahrungsmittelvorräte nicht klein. Sie hätten leichter getragen werden können bei frühzeitigem und umfassendem Zugreifen. Wir wollen heute keine weiteren Ausführungen daran knüpfen, wir haben das schon früher hinreichend getan. Auch hoffen wir, daß durch die Tätigkeit des Kriegs-ernährungsamts manche Erleichterung geschaffen wird.

Zwei Jahre Weltkrieg. Eine große gewaltige Zeit, unerhört an Opfern und Heldennut. Jahre der Schmerzen und Tränen, der Seelengröße und Stärke. Freilich auch die dunklen Flecke der Selbstsucht, Gewinn gier und Habsucht. Wir hoffen auf den Sieg des Guten und der Gerechtigkeit. Wir glauben an den Sieg des deutschen Volkes, ihm gehört die Zukunft. Möge bald ein glorreicher Friede uns beschieden sein, damit wir wiederum in brüderlicher Arbeit uns den Werten einer gesegneten Friedenszeit widmen können. Das ist unser tiefstes Sehnen, das sich in den Kanonendonner in Ost und West mischt. Und wenn wir den Klang der Glocken hören, durchzittert uns der eine Wunsch: Möge bald ein feierliches Friedensgeläute daraus werden, das dem deutschen Volk den Sieg und die glückliche Heimkehr seiner Krieger meldet.

Die Kartoffelversorgung im neuen Erntejahr

Das Kriegs-ernährungsamt hat die Kartoffelversorgung für das dritte Kriegsjahr neu geregelt. Ueber die Grundzüge der Neuregelung schreibt die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“:

„Die ganze zur Bevölkerungsernährung notwendige Kartoffelmenge wird beschlagnahmt. Die Kommunalverbände haben den Kartoffelbedarf ihrer Einwohnerschaft festzustellen und bei der Reichskartoffelstelle anzumelden. Aus den von Bedarfsgemeinden zugewiesenen Ueberschüßkreisen erfolgt die Anlieferung auf Grund eines umfänglichen Verteilungsplanes unter Oberleitung der Reichskartoffelstelle. Die Verteilung im Kleinvertrieb übernehmen die Kommunalverbände. Der freie Handel ist ausgeschlossen. Es sei noch dazu bemerkt, daß die Belieferung so geregelt ist, daß auch ungünstige Witterung, Fröste auf die Regelmäßigkeit ausreichender Versorgung keinen Einfluß mehr haben. So wird z. B. die Kartoffelproduktion des Westens, die hinter dem dortigen Bedarf wesentlich zurücktritt, in diesem Jahre im Westen verbleiben (früher hatte die Militärverwaltung dort größere Mengen aufgekauft), um für den Fall, daß durch eintretenden Frost unvorhergesehene Zufuhrschwierigkeiten aus den entfernteren Anlieferungsbezirken eintreten sollten, zur Sicherung der Ernährung zur Verfügung zu stehen. Ferner ist der Versorgungsgang so eingerichtet, daß im Westen die Einkellerung, so wie sie dort für den Winterbedarf vor dem Kriege üblich war, auch in diesem Jahre weitgehend durchgeführt werden kann. Von Bedeutung ist auch, daß die Beschlagnahme der Kartoffeln auf alle Erzeugerbetriebe ausgedehnt wurde, die über mehr als 10 Ar Kartoffelland besitzen. Also nur die ganz kleinen Parzellenpflanzungen, die ja nur dem Eigenbedarf ihrer Bebauer dienen können, bleiben beschlagnahmefrei. Der Unterschied gegenüber der Vertriebsordnung der letzten Ernte, durch die zunächst nur die über 10 Hektar Kartoffelbau verfügenden Betriebe von der Beschlagnahme betroffen wurden, liegt auf der Hand. Eine wichtige Sonderwirkung der neuen Regelung ist dabei, daß durch sie die Qualitätskartoffel, die zumeist in den kleineren Wirtschaften, also den Bauernbetrieben angebaut wird, nunmehr in die Belieferung-

ordnung einbezogen ist. Davon ist eine Verbesserung der angelieferten Qualitäten zu erwarten gegenüber den Erfahrungen des Vorjahres.

Die Preisordnung ist in der Weise festgesetzt, daß zunächst ein Uebergang von den Frühkartoffelpreisen zum Normalpreis des nächsten Winters durch allmählichen Abbau des Frühkartoffelpreises vorgesehen ist. Der Frühkartoffelpreis für den Erzeuger war bis 15. August auf eine Höhe von 10 M gleichbleibend normiert worden. Es geschah das damals aus dem Grunde, um einen möglichst umfangreichen Anbau von Frühkartoffeln zu erreichen. Denn man konnte damals (die Verordnung erschien am 2. März) bereits erkennen, daß in der Uebergangszeit bis zur neuen Ernte der Vorrat an alten Kartoffeln nur mehr ein sehr geringer sein würde. Dieser Frühkartoffelpreis ist nun schon vom 1. August ab von 10 auf 9 M herabgesetzt und erreicht am 1. Oktober den Normalhöchstpreis für verlesene Kartoffeln von 4 M für den Zentner. Dieser Preis bleibt bis zum 15. Februar nächsten Jahres in gleicher Höhe und erfährt an diesem Tage eine einmalige Erhöhung (als Ersatz für Verluste durch Fäulnis und Eintrocknung) um 1 M.

Der Preisplan ist demnach folgender: Es beträgt der Erzeugerpreis frei Abgangstation für Kartoffeln

Vom 16. Juli bis 31. Juli	10 M.
1. August	10. August 9
11. "	20. " 8
21. "	31. " 7
1. Sept.	10. Sept. 6
11. "	20. " 5
21. "	30. " 4,50
1. Oktober	15. Febr. 1917 4 M.
16. Febr. 1917 bis 15. August 1917	5 M.

Den Einlieferungspreis sowie den Kleinverkaufspreis bestimmen die Kommunalverbände. Sie sind dabei nach Absatz II der neuen Preisfestsetzungsordnung nicht wie bisher an festbestimmte Zuschlagssätze gebunden, sondern können sie nach den örtlichen Verhältnissen festsetzen. Doch ist Sorge getragen, daß die Kommunalverbände die Kartoffeln zum Einlieferer beim Bezug von mehreren Zentnern zu einem Verbraucherhöchstpreis von 4,75 M und im Einzelverkauf zu 5,5 Pf. abgeben können. Zu diesem Zwecke werden den Kommunalverbänden Frachtergünstigungen gewährt. Die Anweisung des Präsidenten des Kriegsernährungsamtes zur Preisordnung gibt ferner der Erwartung Ausdruck, daß den minderbemittelten Familien, insbesondere denen der im Felde stehenden Kriegsteilnehmer, bei der Kartoffelzuführung durch die Gemeinden auf dem Wege der Kriegswohlfahrtspflege noch besondere Vergünstigungen gewährt werden.

Der für die Preisregelung grundlegende Erzeugerpreis ist nur unter mancherlei Schwierigkeiten zustande gekommen. So hatte der „Deutsche Landwirtschaftsrat“, wie auch dies der Presse bekannt wurde, einen Preis von 5 M gefordert. Gemessen an den Erzeugungskosten sowie im Interesse der schwerbelasteten Verbraucher, wäre unbedingt ein niedrigerer Preis anzustreben gewesen. Die Entscheidung hat schließlich den Mittelweg zwischen den von den Interessensvertretungen geltend gemachten Wünschen gehalten. Der Preis von 4 M für den Erzeuger wurde vor allem auch unter dem Gesichtspunkt gewählt, daß die Anlieferung unter allen Umständen gesichert werden sollte. Das aber ist bei einer Waren-

menge von 250 Millionen Zentnern, die aus etwa vier Millionen Betrieben herausgeholt werden müssen, keine leichte Sache. Zusammenfassend läßt sich über die neue Ordnung der Kartoffelversorgung etwa folgendes sagen:

1. Sie ist rechtzeitig vorbereitet und in Angriff genommen. Erzeugung und Verbrauch, Zulieferungsverbände und Verteilungsorganisationen sind aufgestellt, miteinander in Verbindung gebracht, und können ihre Aufgabe und die Bedingungen, unter denen sie zu erfüllen ist.
2. Die ganze Menge der Lebensmittelpotatoen ist beschlagnahmt und für das ganze Wirtschaftsjahr in eine planmäßige Versorgungsordnung gebracht.
3. Der Preis ist von vornherein bekannt und für das ganze Wirtschaftsjahr unabänderlich festgelegt. Auch gilt der Erzeugerpreis für die gesamte Kartoffelernte, also nicht nur für den zur menschlichen Ernährung bestimmten Teil. Der Verkauf zu Futterzwecken kann darum die Versorgungsordnung nicht durchkreuzen.
4. Die Preisregelung gilt für das ganze Reich einheitlich; sie ist nicht mehr wie früher nach Bezirken abgegrenzt, da es sich als unmöglich erwies, diese Abstufung den zu sehr verschiedenen Produktions- und Verteilungsbedingungen anzupassen. Davin lag ein weiterer Grund, den Preis so einzustellen, daß jedenfalls für die Befriedigung der Verbraucherbezirke alle störenden Momente nach Möglichkeit ausgeschaltet werden konnten."

Neunter Genossenschaftstag des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine

Samstag, den 15. Juli d. J., tagte im Hotel-Restaurant „Fürstenhof“ zu Münster i. W. der Ausschuss des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine. Geschäftsführer Schlack erstattete den Bericht über das Geschäftsjahr 1915, wobei er hervorhob, daß die Ueberwindung der auf dem Wirtschaftsgebiete für das Kriegsjahr 1914 sich ergebenden Schwierigkeiten gegenüber denen des Jahres 1915 ein Kinderspiel gewesen sei. Die Schwierigkeit der Warenbeschaffung machte es der Gesellschaft unmöglich, allen Anforderungen seitens der angeschlossenen Genossenschaften zu entsprechen. Hierzu kamen außerdem noch die allgemeinen Beschlagnahmen so vieler Massenartikel.

Der Umsatz bei der Großverkaufszentrale betrug im Jahre 1915 ca. 11 Millionen Mark. An Reingewinn wurden 76 568 M erzielt. An Rückvergütung an die Bezieher wurden 20 825 M gezahlt. Die Gesellschaft arbeitet unter Berücksichtigung der diesjährigen Zuschreibungen mit 260 000 M Reserven. Sie erwarb in Neuß ein Terrain von 32 000 Quadratmeter mit Bahn- und Wasseranschluß, auf dem gleich nach dem Kriege ein Eigenheim mit Produktivbetrieben errichtet werden soll. Aus dem Reingewinn werden 5 Prozent Gewinnanteile auf das angezahlte Gesellschaftskapital verteilt. — Das Stammkapital der Großverkaufszentrale wurde von 200 000 auf 500 000 M erhöht.

Die ausscheidenden Aufsichtsratsmitglieder, Geschäftsführer Winter von der Konsumgenossenschaft Eintracht Köln-Mülheim, wurde wiedergewählt. Ge-

schaftsführer Becker von der Bergmanns-Konsumgenossenschaft St. Ingbert wurde zugewählt. Prokurist Böhrer wird zum Geschäftsführer der Großverkaufszentrale bestellt.

Die Hauptverhandlungen fanden Sonntag, den 16. Juli, statt. Verbandsdirektor Schlack eröffnete den 9. ordentlichen Genossenschaftstag mit einem Rückblick auf die verfloßene Kriegszeit. An der Tagung nahmen eine Anzahl Vertreter der Staatsbehörden und der Kommunen teil. Schlack erstattete den

Verbandsbericht unter besonderer Berücksichtigung der Kriegsarbeit der Konsumvereine.

Er führte aus: Das Jahr 1915 war für das deutsche Volk auf dem Gebiete der Ernährung ein recht schweres. Augenblicklich, beim Uebergang zur neuen Ernte befinden wir uns auf dem Höhepunkte der Ernährungsschwierigkeiten. Die Konsumvereine, die einen wichtigen Faktor in der Lebensmittelversorgung des deutschen Volkes bilden, haben das Recht und die Pflicht, zu dieser Frage Stellung zu nehmen und gehört zu werden. Die neue Ernte, die nach sachverständigen Urteilen eine gute sein wird, wird hoffentlich recht bald die Erhöhung der Brotquoten bringen. Die Kartoffelversorgung des Volkes muß durch Beschlagnahme und Enteignung der Hälfte der Ernte sichergestellt werden. Die Fett-, Fleisch- und Milchversorgung muß nach einheitlichen Gesichtspunkten für das ganze Reich geregelt werden. Für die Preisgestaltung muß als Leitfaden die Erhaltung der deutschen Volkskraft gelten. Die Preisprüfungsstellen müssen weiter ausgebaut werden. Die Warenhaussteuer soll von Lebensmitteln im Interesse ihrer Billigkeit nicht erhoben werden.

Der Reichsverband habe im Frieden wie im Kriege seine ganze Kraft eingesetzt, um eine möglichst wohlfeile Versorgung des Volkes mit Gebrauchsgütern herbeizuführen. Dem Reichsverband gehörten am 1. Januar 1916 191 Konsumvereine mit 190 000 Mitgliedern an mit 61 039 777 M Umsatz. (Heute zählt der Reichsverband bereits 220 Vereine.) Die gesamte Rückvergütung betrug 3 857 560 M. Die bisherigen Kriegseinkünfte der deutschen Konsumvereine sind auf mindestens 70 Millionen Mark festzustellen.

Nebener fordert auf Schluß von Regierung und kommunalen Behörden, daß sie sich im Interesse einer guten und billigen Lebensmittelversorgung des Volkes in ausgiebigster Weise der Konsumgenossenschaftlichen Organisationen bedienen mögen.

Für Frage der Lebensmittelverteuerung wurde folgende Entschliebung angenommen:

Der neunte ordentliche Genossenschaftstag des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine e. V. in Münster in Westfalen begrüßt die Bildung des Kriegsernährungsamtes, mit welchem die Grundlage für eine durchgreifende und einheitliche Gestaltung der Lebensmittelversorgung des deutschen Volkes gegeben ist. Für das Erntejahr 1916/17 fordert derselbe:

1. Die Brot- und Viehfütterung ist durch eine straffere Zentralkontrolle bei der Erfassung der Getreidebestände (Beschränkung der Selbstversorgungsbezirke und schärfere Kontrolle derselben) sicherzustellen. Der Ausschluß jeden Mißbrauchs mit Vorratgetreide, besonders der Viehfütterung an Vieh, läßt bei der zu erwartenden normalen Ernte die dringend notwendige Erhöhung der Brotquote durchführbar erscheinen. Eine gleichmäßige, möglichst niedrige Preisgestaltung ist anzustreben.
2. Nach dem bekannt gewordenen Grundstamm ist für die Kartoffelversorgung des Volkes die Beschlagnahme und Enteignung der für die menschliche Ernährung not-

Der kommende Tag.

Noch haben Kanonen das harte Wort,
Noch kreischt's in den Lüften von Ort zu Ort,
Noch färbt jeder Tag die Erde rot,
Und jeder Tag bringtummer und Not.

Sald aber, wir fühlen's wie kommenden Ahnen,
Wird's in den Winden weh'n von flatternden Fahnen.
Dann wird Friede sein im deutschen Land,
O da schöne Zeit, die so lange gebannt!

Herz, sieh' nicht stille an diesem Tag,
Der Glück und Erfüllung bringen mag,
Erfüllung und Schmen von manchem Traum
Und reifende Frucht am Friedensbaum.

Doch jetzt, trotz Regen und Hindernissen,
Noch aufhalten und — auf die Jahre gebissen
Hier draußen ist und in deutschem Ort,
Noch haben Kanonen das harte Wort.

Georg Schumann, 4. J. im Westen.

Noch der Heimat

Den Gedanken nach, die fernstehenden
Nacht, der laut nur weiter Nacht ist, sind zwei
Nacht heller Nacht verfliehet, die angestrichelt sind mit
Nacht. Es ist keine der neuen Tag und die dunkle
Nacht, die die Kriegszeit in tiefen Schattungen
Nacht, können sie sich von Nacht zu Nacht
Nacht und ist der Hoffnung auf der Nacht

zwischen Weinbergen entlang, und die Leute freuen sich der schönen Gegend, die doch der Heimat sehr ähnlich ist. Dort unten haben sie ja nur lahle Felsen und ausgedörrten Boden gesehen.

Der Abend senkt sich über die mit schwerem Erntesegen bestäubten weiten Flächen. Im Wagen wird das „Elektrische“ aufgedreht, aber nicht lange brennt es. Eben haben sich drei Kanonaden zu einem Stot zusammengefügt und auch einige Spiele gemacht, als mitten im Spiel das Licht nicht mehr mitlief. Verwunderte Ausrufe, einige derbe Scherzworte werden gewechselt, und man findet sich mit der Finsternis ab. Der Frontsoldat ist genugsam. Eine Stunde später ist alles im tiefsten Schlaf.

Kein Rebenmann macht — natürlich schlaftrunken — die größten Anstrengungen, um mich als Kopfunterlage zu benutzen; da ich aber zu solchem Dienst keine Lust verspüre, weiche ich all seinen Bemühungen zum Trost aus. Da er aber seine Versuche beharrlich wiederholt, so lege ich ihn anrecht, um ihn dann die Richtung nach der entgegengesetzten Seite zu geben. Das hilft; ich habe nun meine Ruhe, d. h. wenigstens von meinem rechten Rebenmann. Der links von mir Sitzende kracht sich mit lauten Unterbrechungen und meint mit stolzer Ruhe: „Das Schicksal ist auch kein Allheilmittel.“ Ich aber sehe im Geiste die Dichter schon ihren bisherigen Besitz verlassen und auf mich zukommen. Abgleich mich dieser Gefahr etwas vom Schlafe abhält und auch die mir gegenüber Sitzenden mit ihren Priesterbrüderungen jagt, so meine Unterbrecherin beachten, kann ich schließlich doch keine Anstrengung machen; ich lege den Kopf nach hinten, kramt die Krone auf der Stirn und schlummert mit.

Genug! Ich bin froh, daß ich alles in die Höhe schmeißt und auf die Jagd gehen sind bald geschehen, und der deutsche Tag ist bereit, die Sonne

des Vaterlandes aufzunehmen und den heimatischen Gauen zuzuführen. Obgleich die Uhr erst die dritte Stunde nach Mitternacht zeigt, ist aller Schlaf wie weggesaugen. — Deutscher Boden! — diesen Ruf höre ich von allen Lippen. Der Zug verläßt den Bahnhof. Still ist es wieder geworden, aber nicht schlafende Soldaten steht man, sondern wachende. Der Gang des D-Zug-Wagens steht gedrängt voll; in den Wägen sind nur die Fensterplätze noch besetzt. Alles drängt um die Fenster am Gange draußen. Mit scharfen Augen wird die noch herrschende Dunkelheit zu durchbohren versucht. Weise, als sei man in der Kirche, unterhält man sich einen Augenblick über das Roggenfeld, an dem eben der Zug vorüberrast. Es wird lichter, die Augen weiten sich, ein Leuchten geht über die verbrannten Gesichter, ja, sie sehen es jetzt mit eigenen Augen, was ihnen bisher nur schriftlich mitgeteilt wurde: die Ernte steht gut! — die Hoffnung der Gegner ist Unsinn! Die dahinter haben fürs kommende Jahr gute Ausichten — und da draußen, da tun wir's! Reinen Fuß breit der deutschen Heimat-erde sollen unsere Gegner besitzen. In fremdem Lande verteidigen wir deutsches Recht und Freiheit. Wehe aber dem Feinde, dem es selbst gelänge, deutschen Boden zu betreten! — wie ein Nationalheiligum gilt er jedem Deutschen, der entweicht würde, wenn Feindes Fuß ihn berührt. Unter diesen und ähnlichen Redewendungen verging die Zeit, bis der Zug donnernd in die weite Bahnhofshalle der schlesischen Hauptstadt einfuhr. Hier gibt es kurze Abschiedsworte und ein: „Auf Wiedersehen in vierzehn Tagen!“ Von hier aus fährt jeder nach der Richtung, in der seine engere Heimat liegt.

Oswald Sange, Arbeitersekretär in Reife,
a. B. Dubapett.

wendigen Menge vorzusehen. Diese Menge muß so groß sein, daß eine Kartoffelknappheit vollständig ausgeschlossen und eine Rationierung pro Kopf, wenigstens für die minderbemittelten, überflüssig ist. Die Kartoffeln stellen das einzige Nahrungsmittel dar, welches von diesen Bevölkerungsklassen zum Ausgleich der fehlenden Nahrungsmittel herangezogen werden kann. Die Preise müssen für die ganze Versorgungsperiode unwiderrüflich festgelegt werden. Etwaige Zuschläge im Frühjahr müssen äußerst niedrig und höchstens 50 Pf. pro Zentner betragen, damit jeder Anreiz zur Zurückhaltung ausgeschlossen ist.

3. Die Fleisch-, Fett- und Milchversorgung muß nach einheitlichen Grundsätzen für das ganze Reich geregelt werden. Einführung der Reichs-Fett- und Fleischkarte ist unumgänglich notwendig.

4. Bezüglich der Preisgestaltung im allgemeinen fordern wir, daß die Preisbildung sich auf einer solchen Basis bewegt, die der wirtschaftlichen Lage der minderbemittelten Volksschichten angepaßt ist. Es genügt nicht die Sicherstellung, sondern der Preis muß ein solcher sein, daß die Verbraucher die ihnen zustehenden Mengen auch kaufen und bezahlen können. Die Erhaltung der deutschen Volkskraft für die augenblickliche Kriegs- sowie für die kommende Friedenszeit muß die höchste Aufgabe der Lebensmittelpolitik der Reichsregierung und der Kommunalverbände sein.

5. Wir fordern weiter eine gleichmäßige Verteilung der vorhandenen Lebensmittel in Stadt und Land. Heranziehung der gemeinnützigen Organisationen der Konsumvereine, sowie der Groß-Einkaufs-Zentralen derselben, zur Vermittlung der Waren an die Verbraucher, auf Grund der Kopfzahl der Familien ihrer Mitglieder.

6. Ausbau der Preisprüfungsstellen. Pflichterfüllung derselben für Kommunen unter 10 000 Einwohner durch Kreise und Gemeindeverbände. Schärfste Überwachung der Preisbildung in der Produktion, beim Groß- und Kleinhandel und dadurch möglichsie Unterbindung des Lebensmittelwuchers in jeder Form.

Der Reichsverband deutscher Konsumvereine, die angeschlossenen Vereine und die Groß-Einkaufs-Zentrale haben während der Zeit des Krieges ihre ganze Kraft eingesetzt:

1. Um die Lebensmittelversorgung des deutschen Volkes zu erleichtern,
 2. Um die Preisgestaltung in volkswirtschaftlich gesunden und reellen Bahnen zu halten.
- Sie versprechen auch in der kommenden Zeit, besonders bei der Ueberleitung der Kriegs- in die Lebenswirtschaft, ihre uneigennütige Mithilfe einzusetzen zum Besten von Volk und Vaterland.

Zur Frage der Verbilligung der Lebensmittel wurde folgende das Warenhaussteuergesetz betr. Entschliessung, dem auch größere Vereine unterstellt sind, angenommen:

Der außerordentlich hohe Stand der Lebensmittelpreise, der auch nach dem Kriege noch lange anhalten, vielleicht nie mehr auf den Stand vor dem Kriege heruntergehen wird, läßt es notwendig erscheinen, besonders die Lebensmittel, soweit als möglich, von steuerlichen Lasten zu befreien.

Der neunte Genossenschaftstag des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine beauftragt deshalb den Verbandsvorstand, bei der hohen preussischen Staatsregierung sowie den beiden Häusern des preussischen Landtages den Antrag zu stellen, das Warenhaussteuergesetz dahingehend zu ändern, daß Lebensmittel bei warenhaussteuerpflichtigen Vertrieben der Warenhaussteuer nicht unterliegen.

Dieser Antrag ist deshalb leicht durchführbar, weil damit Staat und Gemeinden keine Einnahmequelle verloren geht, da die Warenhaussteuer zugunsten der Gewerbetreibenden der dritten und vierten Gewerbesteuerklasse verbandt werden muß. Diese Gewerbetreibenden aber werden angesichts der Schwierigkeiten der Ernährungsfrage für die minderbemittelten Klassen recht gern bereit sein, auf diese für den einzelnen kaum fühlbare Vergünstigung zu verzichten.

Des weiteren dürfte der Antrag auch aus dem Grunde berechtigt sein, da doch durch die neue Umsatzsteuer wieder eine starke Belastung der Lebensmittel eintritt.

Zur Frage der Stellungnahme der Beamten und Festbesoldeten zur Konsumvereinsbewegung

Sprach Herr Postmeister Niehuus, Duisburg. Unter der Kriegsteuerung leiden am meisten diejenigen Personen, die auf ein festes Einkommen angewiesen sind; das sind die Beamten und Festbesoldeten. Es ist zu erwarten, daß auch nach Eintritt des Friedens die Kriegspreise zu einem Teile bestehen bleiben werden. Gehalts- und Lohnerhöhungen werden die wirtschaftliche Not der Beamten und Festbesoldeten nicht allein lindern. Sie müssen von wirtschaftspolitischen Maßnahmen des Staates begleitet sein, die geeignet sind, der weiteren Entwertung des Geldes entgegenzuwirken. Die Beamten und Festbesoldeten müssen neben der Förderung ihrer Standesinteressen mehr wie bisher durch Zusammenschluß auf genossenschaftlicher Grundlage ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern suchen, insbesondere durch allgemeinen Anschluß an die Konsumgenossenschaftsbewegung ihre Verbrauchsinteressen wahren.

Die Gründung neuer Beamten-Konsum-Vereine ist in den Orten, in denen ein gutgeleiteter Konsumverein bereits besteht, nicht zu empfehlen. Die Konsumvereine sollten von den Staatsregierungen und Gemeindeverwaltungen gewünscht und gefördert, ihre soziale Tätigkeit anerkannt werden. Die bestehenden Beamten-Konsumvereine müssen sich mög-

Zur Beachtung! Sonntag, den 30. Juli ist der 22. Wochenbeitrag fällig. Jeder ernste Gewerkschaftler zahlt seine Beiträge pünktlich.

lichst alle einem neutralen Konsum-Genossenschafts-Verband anschließen. Der Anschluß an den Reichsverband deutscher Konsumvereine ist ihnen besonders zu empfehlen. Ihm gehören bereits zahlreiche Beamten-Konsumvereine an. Er vertritt die Genossenschaften in der Öffentlichkeit, den Behörden und Parlamenten gegenüber in energischer Weise. Die Beamten-Konsumvereine würden in ihm einen eifrigen Befürworter ihrer Wünsche finden. Der Verband würde beim Anschluß der vielen Beamten-Konsumvereine die Konsumvereinsinteressen mit noch größerem Nachdruck als bisher vertreten. Die nach Hunderttausenden zählenden Beamten und Festbesoldeten würden aber auf die künftige Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse immer größeren Einfluß ausüben können.

Folgende Entschliessung fand einstimmige Annahme:

Der neunte Genossenschaftstag des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine e. V. in Münster i. W. faßt zur Frage betreffend die Stellung der Beamten und Festbesoldeten zur Konsumgenossenschaftsbewegung folgende Entschliessung:

1. Er hält eine durchgreifende Besserung der wirtschaftlichen Lage der Beamten und Festbesoldeten nur dann für möglich, wenn dieselben neben der Vertretung der Standesinteressen auch ihre Verbrauchsinteressen durch allgemeinen Anschluß an die Konsumgenossenschaftsbewegung tatkräftig wahren.

2. Die bestehenden Beamten-Konsum- und Wirtschaftsvereine werden nur dann in der Lage sein, die Verbraucherinteressen ihrer Mitglieder und das uneingeschränkte Recht der Beamten und Festbesoldeten zum Zusammenschluß in Konsumvereinen mit Erfolg zu vertreten, wenn sie ihre Tätigkeit im Anschluß an einen neutralen Konsumvereinsverband ausüben.

3. Der Reichsverband deutscher Konsumvereine e. V., dem schon zahlreiche Beamten-Konsum- und Wirtschaftsvereine angehören, ist bereit, diesen Vereinen jede im Rahmen des Verbandes mögliche Förderung der allgemeinen wie auch ihrer besonderen Vereinsinteressen angedeihen zu lassen. Der neunte Genossenschaftstag fordert deshalb im Interesse einer zielbewußten und kraftvollen Genossenschaftsarbeit die noch fernstehenden Beamten-Konsum- und Wirtschaftsvereine auf, den Anschluß an den Reichsverband deutscher Konsumvereine möglichst bald herbeizuführen.

In den Nachmittagsverhandlungen erstattete Herr Verbandsrevisor Heimbeck den

Generalrevisionsbericht.

Den Ausführungen ist zu entnehmen, daß die Verwaltungstätigkeit in den Konsumgenossenschaften trotz wesentlicher, durch die Einberufung von Verwaltungsmittgliedern bedingter Erschwernisse, in der Hauptsache eine geordnete gewesen sei.

Die Vermögensverhältnisse der revidierten Genossenschaften seien durchweg gesunde; bei Aufstellung der Bilanzen sei die erforderliche Sorgfalt und Vorsicht in bezug auf die Bewertung der einzelnen Vermögen beobachtet worden.

Als vornehmste Aufgabe forderte der Referent von den Genossenschaften, auch fernerhin der Stärkung der Reserven besondere Beachtung zu schenken, besonders mit Rücksicht darauf, daß die durch den Krieg bedingte Umgestaltung unseres Wirtschaftslebens für die Folge auch von den Konsum-Genossenschaften größere Ansprüche erfordere. Weiter empfahl der Referent die Schaffung von Warenreserven, namentlich für solche Genossenschaften, die neben Lebensmitteln noch andere Warengattungen, wie Manufaktur-, Schuh- und Kurzwaren u. dergl. führen. Die Warenreserven sollen dazu dienen, mögliche Verluste, die durch die notwendig werdende Preisherabsetzung im Verlauf der kommenden ersten Friedensmonate eintreten könnten, auszugleichen.

Der Gedanke der Bezirks-Konsumvereine sei auch vom verwaltungstechnischen Standpunkte aus zu fördern. Ein Zusammenfassen besonders der kleineren, in ländlichen Bezirken liegenden Genossenschaften zu einem Bezirkskonsumverein bedinge im übrigen eine einheitlichere und damit vollkommener Friedigung aller geschäftlichen Angelegenheiten und schließe weitere wesentliche finanzielle und wirtschaftliche Vorteile in sich.

Nachdem die ausscheidenden Vorstands- und Ausschussmitglieder wieder- und Herr Schneider, Wiebelskirchen, neu gewählt war, fand der Genossenschaftstag mit einem Schlußwort des Vorsitzenden sein Ende.

Allgemeines

Das **Eiserne Kreuz** erhielten folgende Kollegen: **Rudolf Ronke**, unter gleichzeitiger Beförderung zum Unteroffizier, sowie **Karl Ronke**, Mitglieder der Zahlstelle **Humpfenberg**; **Willy Stüttgen**, Mitglied der Zahlstelle

Düsseldorf, **Maurer**; **Gefreiter Suraschel**, Mitglied der Zahlstelle **Rattowitz D.-Schl.**; **Franz Stroff**, unter gleichzeitiger Beförderung zum Unteroffizier, Mitglied der Zahlstelle **Landsberg D.-Schl.**

Der Zentralverband christlicher Fabrik-, Verkehrs- und Hilfsarbeiter zählte am Schluß des letzten Berichtsjahres 3470 Mitglieder, gegen 4917 Ende 1914 und 11 220 Ende 1913. Die Gesamteinnahmen für 1915 beliefen sich auf 135 104 M., die Ausgaben auf 105 433 M. Das Vermögen betrug am Jahreschluß 61 121 M., etwa 9000 M. weniger wie im Vorjahr. Für 1540 Verbandsmitglieder wurden Lohnerhöhungen oder Teuerungszulagen erzielt, die pro Jahr 192 717 M. oder pro Woche 5117 M. ausmachten.

Die Gliederung des deutschen Außenhandels für das letzte Friedensjahr (1913) nach der Art der gehandelten Waren zeigt die folgende Tabelle:

Rohstoffe	Einfuhr		Ausfuhr	
	In Mill. M.	In Proz.	In Mill. M.	In Proz.
Rohstoffe	5 003,5	46,5	1 518,0	15,0
Halbfertige Waren	1 238,8	11,5	1 139,4	11,3
Fertige Waren	1 478,8	13,7	6 305,8	63,3
Nahrungsmittel u. Genussmittel	2 759,5	25,6	1 035,9	10,3
Lebende Tiere	289,7	2,7	7,4	0,1
In ganzen	10 770,3	100%	10 036,5	100%

Diese Zahlen kennzeichnen Deutschland ohne weiteres als das Reich der Arbeit. Hauptsächlich werden Rohstoffe nach Deutschland eingeführt, um nach erfolgter Verarbeitung und Veredelung als hochwertige Fertigprodukte (63,3 Prozent unserer Gesamtausfuhr) wieder ausgeführt zu werden.

Diese „Schweineerei“. Folgendes niedliches Geschichtchen aus den sozialdemokratischen Parteikämpfen aus einer großen Handelsstadt im Nordwesten Deutschlands geht durch die Tagespresse:

„Wie überall, bekämpfen sich auch in besagter Stadt die Kriegskreditbewilliger und die Kreditverweigerer auf heftigste. In großen Parteiversammlungen tobt der Streit und steigert sich bis zur Ueberdrehung. In einer der letzten Versammlungen standen sich zwei fast gleich große Gruppen gegenüber, der Parteisekretär, der zum Parteivorstand und der Fraktionsmehrheit steht, führt den rechten Flügel, der leitende Redakteur, der zugleich Reichstagsabgeordneter und Mitglied der Haufe-Gruppe ist, den linken. Stundenlang schon währt der Redekampf — ein Schlachten war's, nicht eine Schlacht zu nennen.

Ein Genosse vom linken Flügel zieht besonders gegen den Parteisekretär persönlich los und hat mit der Aufdeckung einer häuslichen Intimität anscheinend sehr großen Erfolg. Er sagt, der Parteisekretär habe es leicht, den Massen das Durchhalten zu empfehlen, da er zu Hause ein halbes Schwein, Schinken, Speck, Wurstfleisch und einen halben Zentner Wurst im Rauchfang hängen habe. Die Entrüstung über den Hamster nimmt gewaltige Dimensionen an. Da beschwichtigt der Redakteur und Abgeordnete die Gemüter. Er sieht die Genossen an, sachlich zu diskutieren und alle persönlichen Dinge beiseite zu lassen. Die inneren Gründe für die Kreditgewährung seien überzeugend genug, andere brauche man nicht. Der Parteisekretär nahm tief gerührt das Wort, er dankte seinem parteigenösslichen Widersacher für die soziale Art, seine Gegnerschaft zum Ausdruck zu bringen, aber er meinte, viel anders hätte in diesem Fall sein Gegner nicht reden können, denn sie hätten das Schwein zusammen geschlachtet, und die zweite Hälfte hänge im Rauchfang seines radikalen Reichstagsgenossen.

Die Wirkung dieser Enthüllung war erschütternd. Der Versammlungen beendigte sich eine beinahe lähmende Verblüffung. Am schnellsten sagte sich der die Versammlung leitende Genosse, der mit seinem Vorschlag, die Versammlung zu vertagen, der löstlichen „Schweineerei“ ein Ende machte.“

Hoffnungen der Bodenspekulanten. Im Geschäftsbericht der „Neuen Boden-Aktien-Gesellschaft“ läßt sich Herr Eichmann, einer der großen Berliner Terrainspekulanten, über die Zukunftshoffnung der Bodenspekulanten und Hausbesitzer aus: „Was die Zukunft anbetrifft, so leiden alle Voraussetzungen selbstverständlich daran, daß man den Termin des Kriegsendes nicht kennt. Man dürfte aber annehmen, daß im Frieden für Berlin eine erhebliche Belebung und Wertssteigerung am Bau- und Markt zu erwarten ist. Die Industrie wird vielfach zum Teil hat die Bewegung bereits jetzt eingesetzt — ihren Sitz nach Berlin verlegen. Die Mietwohnungen werden einen höheren Wert haben als bisher.“ — Das sind ja nette Aussichten. Um so bringender wird die Aufgabe, von Staatswegen und auch von den Kommunen, Vorkehrungen zu treffen, daß die Hoffnungen der Bodenspekulanten und Hausbesitzer sich nicht erfüllen.

Gewerkschaften und Kriegsbeschädigtenfürsorge. Bekanntlich ist von den christlich-nationalen Arbeiterorganisationen eine besondere Geschäftsstelle für Kriegsbeschädigtenfürsorge in Berlin N. 58, Schönhauser Allee 130, errichtet worden, mit deren Leitung der Vorsitzende des Verbandes der Krankenpfleger, Georg Streiter, betraut wurde. In der „Deutschen Arbeit“ (7. Febr. 1916), Monatschrift für die Bestrebungen der christlich-nationalen Arbeitererschaft, veröffentlicht Streiter einen lesenswerten Aufsatz über Aufbau und Organisation der Kriegsbeschädigtenfürsorge in Deutschland, der von großer Sachkenntnis in dieser bedeutenden Frage Zeugnis ablegt. Zum Schluß weist der Verfasser auf das große Interesse hin, das Arbeitgeber und Arbeitnehmer an der Lösung dieser Frage haben. In verschiedenen Formen sei ein gemeinsames Zusammenwirken der Unternehmer- und Arbeiterorganisationen zustande gekommen, während gewisse Unternehmerkreise, die sich der „Arbeitgeber-Zeitung“ als Sprach-

schte Gebieten, von einer solchen Gemeinschaftsarbeit nichts wissen wollen. Diese Unternehmer wollen über die künftige Gestaltung der Arbeitsverhältnisse der Kriegsbeschädigten allein entscheiden. Mit besonderer Genugung wird in dem Muffaß von Streiter dann das enge Zusammenwirken der drei großen Gewerkschaftsrichtungen auf dem Gebiet der Kriegsbeschädigtenfürsorge hervorgehoben. Einschlägige Kundgebungen seien wiederholt von den Gewerkschaften erfolgt. Das Erfreuliche habe die Kriegsbeschädigtenfürsorge bis jetzt schon gezeigt, daß sich in ihr für alle am Wirtschaftsleben unseres Volkes unmittelbar Beteiligten ein Boden gemeinschaftlicher Arbeit bietet, auf dem sie sich im Wirken für ein hohes moralisches und vaterländisches Ziel, unbeeinträchtigt von sonstigen Gegensätzen, zusammengefunden haben.

Wie steht es mit unserm Kupferbedarf? Kupfer ist ein überaus wichtiger Gebrauchsartikel, der gerade im Kriege eine sehr große Rolle spielt. Bei der Herstellung von Munition wird es in erheblichem Umfange gebraucht. Zwar hat auch Deutschland eigene Kupferstätten, die jedoch zur Bedarfsdeckung nicht ausreichen. Aber auch hier hat man, wie überall, Hilfe gefunden: zunächst ist der private Kupferverbrauch eingeschränkt worden, und zwar dadurch, daß man eine Reihe von Gegenständen, die bisher aus Kupfer hergestellt wurden, entweder aus Stahl, Eisen oder Zink herstellt. Alle drei Produkte besitzt Deutschland in unbegrenzten Mengen. Sollte aber der Krieg länger dauern, so stehen uns außerordentlich viele Reserven zur Verfügung. Diese Reserven bestehen vor allem in verarbeiteten Kupfer in Form von Kupfergeräten, Kabeln, Drähten u. dgl. Fachleute haben berechnet, daß, wenn man die kupfernen Lokomotivkästen gegen eiserne umtauschen würde, auf diese Weise 100 000 Tonnen Kupfer gewonnen werden könnten, ohne daß die Leistungsfähigkeit der Lokomotiven dadurch beeinträchtigt würde. Man hat ferner berechnet, daß Deutschland in Form von verarbeiteten Erzeugnissen mehr als zwei Millionen Tonnen Kupfer besitzt. Bei Einschmelzung auch nur eines Teils dieses Kupferbestandes würde der Kriegsbedarf für zehn Jahre beschafft werden können. Schließlich besitzen wir noch eine große Reserve in den Kupferbeständen der von Deutschland besetzten feindlichen Gebiete. Im schlimmsten Falle würde man die Telephon- und Telegraphenanlagen in den besetzten Gebieten einschmelzen können. Auch die sonstigen Kupferreserven, sei es in Form von Kesseln, Töpfen, Lärklingen u. dgl. der Okkupationsgebiete würden uns in eingeschmolzenem Zustande Kupfer für zwanzig Jahre liefern, so daß wir also aller etwaigen Schwierigkeiten behoben sind.

Ueber die wirtschaftlichen Folgen des Krieges in Rußland schreibt der „Vorwärts“ (Nr. 189 vom 22. Juni 1916): „Als der Krieg ausbrach und der Export unterbunden wurde, mußte man in Rußland zunächst nicht, was man mit den Getreidevorräten, vor allem mit den bedeutenden Mengen Butter, Eier usw. anfangen sollte. Es folgte zunächst ein ziemlich heftiger Preiskurz. Sehr bald aber änderte sich aber das Bild, und schon Ende 1914 standen die Warenpreise im Durchschnitt von 62 inneren Märkten um 21,2 Prozent höher als Ende 1913. Allein die Teuerung wurde immer jählbarer und wuchs sich rasch zu einer nationalen Katastrophe aus. Ende 1915 standen die Warenpreise selbst auf den innerrussischen Märkten, die relativ weniger unter der Verkehrsdesorganisation litten, um 79,2 Prozent über dem Preisstand von Ende 1913; dabei war selbst der Weizenpreis um 62,2 Prozent und der Roggenpreis gar um 78,5 Prozent höher als 1913. Für den Kenner der russischen Verhältnisse ist diese Entwicklung gar nicht verwunderlich. Rußland führt zwar ziemlich bedeutende Mengen Getreide aus, aber nur deshalb, weil seine Bevölkerung selber sich schlecht ernährt. So berechnet das Landwirtschaftsinstitut in Rom eine Produktion von Weizen für 1915 auf 231,9 Millionen Doppelzentner, während Rußlands innerer Bedarf an Weizen sich auf 242,8 Millionen stellt. Die einheimische Produktion konnte also schon den normalen Bedarf nicht decken, wie sollte es den durch den Krieg gewaltig gesteigerten Bedarf befriedigen? Für das kommende Jahr stellen sich die Verhältnisse noch bedeutend ungünstiger, da inzwischen der Getreideanbau stark reduziert wurde. Viel schlimmer noch steht es mit der Viehzucht Rußlands.“

Wirtschaftliche Bewegung

Die Erhöhung der Lehrlingslöhne.

Der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe geht uns die Absicht folgenden Briefwechsels zu:

Junungsverband Deutscher Baugewerksmeister.

Abt. Nr. 641/16.

Berlin, den 20. Juli 1916.

An den Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe.

Berlin.

Ihre gütigen Schreiben vom 14. dieses Monats Nr. 1362/16.

Wir erkennen die Notwendigkeit einer angemessenen Erhöhung des den Lehrlingen zu den Löhnen ihres Lehrverhältnisses zu zahlenden Beitrags durchaus an und haben unsere Bezirksverbände und Junungsverbände ersucht auf diese Notwendigkeit hinzuwirken. Eine Abschätzung dieses Beitrags liegen wir bei und geben ersucht anzuzeigen, den Ausschüssen besten Mitteilung zu machen.

Lehrlingslöhne

Der Vorsitzende des Junungsverbandes Deutscher Baugewerksmeister.

H. Schmitz

Junungsverband Deutscher Baugewerksmeister.

Berlin, den 20. Juli 1916.

An

die Vorstände unserer Bezirksverbände und Einzelinnungen.

Die mit dem Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe im Tarifvertragsverhältnis stehenden Arbeitnehmergewerkschaften haben sich an den Bund mit dem Ersuchen gewendet, im Hinblick auf die bestehenden Teuerungsverhältnisse für eine Aufbesserung der Lehrlingslöhne einzutreten. Mit Recht hat der Bund die Anträge an unseren Verband abgegeben und zugleich dabei eine entgegenkommende Haltung befürwortet.

Wie schon durch unser Rundschreiben vom 4. Dezember v. J., empfehlen wir den verehrlichen Vorständen jetzt von neuem, der Frage der Lehrlingslöhne besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden und überall dort, wo es noch nicht geschehen ist, eine angemessene Erhöhung des den Lehrlingen zu den Kosten ihres Lebensunterhaltes zu zahlenden Beitrages einzutreten zu lassen.



Es starben den Heldentod fürs Vaterland die Kollegen:

- Adam Kaufmann.**
 - Adam Horbach.**
 - Peter Paul.** Zahlstelle Hbringen (Wfalz).
 - Franz Müller.** Zahlstelle Deuren (Eichsfeld).
 - Heinrich Amedief.** Zahlstelle Eppspringe.
 - Albert Meher.** Zahlstelle Weihenborn-Alberode.
 - Unteroffizier Michel Aubertin,** Inhaber der hessischen Tapferkeitsmedaille. Zahlstelle Altfingen i. Lothringen.
 - Alfons Müller.** Zahlstelle Dunsenheim i. Elß.
 - Anton Nowakki aus Wohl.** Zahlstelle Landsberg (Oberschl.).
 - Albert Becker.** Zahlstelle Dortmund, Maurer.
 - Balthasar Ott.** Zahlstelle Schorbach b. Wittich i. Lothr.
 - Franz Müller,**
 - Salob Sommer,** beide aus Hilderode. Zahlstelle Essen, Stukkateure.
 - Salob Würfler aus Langendernbach.** Zahlstelle Essen, Maurer.
 - Jos. Schmitt aus Michelstrombach.**
 - August Schröder aus Rämmerzell.** Verwaltungsstelle Fulda.
- Wir werden das Andenken dieser Tapferen stets in Ehren halten.
- Es starb unser treues Mitglied und Kassierer Fr. Potthoff an Lungenerkrankung.** Verwaltungsstelle Spenge.
- An Darmtrebs starb unser Kollege Franz Öring.** Zahlstelle Wietzenriede.

Berichtigung. In Nr. 27 der „Baugewerkschaft“ muß es statt Martin III aus Hainzell Augustin III heißen. Beide stehen im Feld, in der begreiflichen Aufregung der Todesnachricht hatte der Baler die Namen vertauscht.

Wir halten gegenüber der eingetretenen Teuerung eine solche Erhöhung auch deswegen für unbedingt notwendig, um unserem Gewerbe einen ausreichenden handwerklichen Nachwuchs zu sichern. Von verschiedenen Seiten ist übrigens im gleichen Sinne auch bereits in den Kriegslagen unseres Verbandes und auf mehreren Bezirkstagen auf diese Notwendigkeit hingewiesen worden. Es ist uns ferner bekannt, daß schon eine Reihe von Junungen Erhöhungen bewilligt haben; andererseits sind aber noch zahlreiche Bezirke vorhanden, wo die Lehrlingsvergütungen noch die alten Sätze aufweisen.

Die verehrlichen Vorstände werden dringend gebeten, sich die Förderung unseres Lehrlingswesens auf dem heute besonders wichtigen Gebiete des Lehrlingslohnbeitrages mit allen Mitteln angelegen sein zu lassen und auch hier in ihren Junungsversammlungen Beschlüsse herbeizuführen, die einer Erhöhung unserer gewerkschaftlichen Kampfkraft den Weg zu ebener gezeichnet sind.

Mit kollegialen Gruß

Der Geschäftsführende Ausschuss des Junungsverbandes Deutscher Baugewerksmeister.

H. Schmitz

Arbeiterwohnungsfrage und örtliche Verkehrsprobleme

Neuerdings macht sich in vielen Städten das Bestreben bemerkbar, die Fahrpreise der Straßenbahnen zu erhöhen; in einzelnen Städten ist dies bereits geschehen. Im „Zentralblatt“ der christlichen Gewerkschaften (Nr. 14, 1916) wird gegen diese Politik der Straßenbahndirektionen mit aller Entschiedenheit Front gemacht. Ein fortschrittliches Verkehrsweisen sei die Vorbedingung für eine großzügige Wohnungsreform. Bis jetzt seien ungezählte Arbeiterfamilien in ungesunden, luft- und lichtarmen Wohnungen der Großstädte zusammengedrückt, weil der Mangel an einem genügenden billigen Mahvertehr das Wohnen außerhalb der Stadt unmöglich oder zu teuer mache.

Die für eine Erhöhung der Fahrpreise geltend gemachten Gründe, so schreibt das Hauptorgan der christlichen Gewerkschaften, sind durchweg abzulehnen; keinesfalls darf die Frage der Rentabilität allein ausschlaggebend sein. Zunächst ist mit der bloßen Erwiderung für den Nachweis der Rentabilität wenig anzufangen. Man müßte da schon die näheren Umstände für die Berechnung kennen. Dann aber ist das städtische Verkehrsweisen eben kein kapitalistischer Betrieb mit reinem Erwerbszweck, sondern eine auf das Interesse der Allgemeinheit berechnete Einrichtung. Für ein Gemeinwesen ist die Erhaltung der Volksgesundheit und Mehrung der Volkskraft durch eine großzügige Siedlungs- und Wohnungspolitik, die mit der Straßenbahnpolitik erzielt werden soll, viel wichtiger und vorteilhafter, wie ein mehr oder minder großer Ueberschuß aus dem Verkehrsweisen. Wenn einzelne Stadtverwaltungen mit dem Einwand kommen, daß sich jeder städtische Betrieb selbst rentieren müsse, so würde demgegenüber auf die Verhältnisse der städtischen Theater, der höheren Unterrichtsanstalten und dergleichen hingewiesen werden und auf die Höhe der für diese von Jahr zu Jahr erforderlichen Zuschüsse. Dabei darf nicht übersehen werden, daß die städtischen Straßenbahnen bisher im allgemeinen günstige Ergebnisse, zum Teil ganz erhebliche Ueberschüsse erzielt. Sollte das in anormalen Zeiten nicht möglich sein, sollte dann sogar mit Verzicht gearbeitet werden müssen, dann muß eher die Steuerrolle der Fahrpreis erhöht werden.

Wenn Straßenbahnen, die noch im Besitz privatkapitalistischer Gesellschaften wären, sich nicht rentieren, — was keineswegs schon durch die bloße Dividendenziffer bewiesen und sehr schwer nachzuprüfen ist —, so sollten diese Verkehrsanstalten in das Eigentum der Gemeinden überführt werden. Damit würde dem ungesunden Zustand ein Ende bereitet, daß ein in die Kommunalwirtschaft so tief eingreifender Betrieb zum bloßen Gegenstand privatkapitalistischer Spekulation wird. So sprächen, vom Standpunkt der Allgemeinheit aus betrachtet, alle Gründe gegen die augenblicklich vorhandene Strömung, die Fahrpreise der Straßenbahnen zu erhöhen. Die Arbeiterchaft möge wachsam sein und überall, wo sich die Pflicht der Erhöhung bemerkbar mache, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln dagegen ankämpfen.

Gerichtliches

sk. Deffentliche oder geschlossene Versammlung? Urteil des Reichsgerichts vom 10. Juli 1916. Leipzig, 10. Juli. (Nachdruck verboten.) Der Parteisekretär des Sozialdemokratischen Vereins in Magdeburg, Fr. Henneberg gen. Holzappel, berief am 5. Januar 1916 die Funktionäre und die Mitglieder der Partei, die ein Amt in der Parteiverwaltung bekleideten, zu einer Sitzung. Außer dem waren noch 12 Gewerkschaftsbeamte eingeladen. Auf dem Programm stand der Bericht über die Verhandlungen im Reichstag, freie Aussprache und Verschiedenes. Die Einladungen zu der Sitzung waren schriftlich erfolgt und galten zugleich als Legitimation zum Besuch der Versammlung. Die Staatsanwaltschaft Magdeburg erhob wegen Nichtanmeldung dieser Versammlung gegen H. Anklage, da er nach dem Kriegsgesetz die Versammlung mindestens 48 Stunden vorher anzumelden hatte, um die polizeiliche Genehmigung einzuholen. Das Landgericht erkannte jedoch auf Freispruch, da es die Versammlung nach ihrem ganzen Charakter nicht als öffentlich ansah; es handle sich, nach Meinung der Strafkammer, um eine geschlossene Versammlung, die nicht angemeldet zu werden braucht. Gegen diesen Freispruch legte die örtliche Staatsanwaltschaft Revision beim Reichsgericht ein, der der Reichsanwalt beitrug, indem er zu der Ansicht des Vorberichters in Widerspruch trat. Der dritte Strafsenat des höchsten Gerichtshofes erkannte demgemäß und verwies die Sache unter Aufhebung des Urteils an die Instanz zurück. (Mtenzeichen 3 D. 229/16.)

Bücherchau

„**Deutsche Arbeit**“, Monatschrift für die Bestrebungen der christlich-nationalen Arbeiterschaft, Köln, Senloer Wall 9. Das soeben erschienene Augustheft enthält folgende größere Abhandlungen: 1. Hans Wohlmann: „Schule und Arbeiter“, 2. Bergrat Otto Jüngst: „Technische Schulen und Einjährigereinerbeitung“, 3. Johann Bergmann: „Genossenschaftliche Selbsthilfe im Wohnungswesen“, 4. Kaplan Math. Mauf: „Praktische Arbeit für den Haushalt“, 5. Adolf Berger: „Theater und Arbeiter“. Außerdem enthält der erste Teil ein Gedicht von Demrad Oberholz: „Wandel durch die Zeit“ sowie eine von dem großen Dichter der Arbeit Josef Winkler: „Die Wifion“. In der Rundschau schreibt Georg Kolten über „Jüngere Politik“, Richard Martin über „Kommunalpolitik“, Franz Köhler über „Arbeitsrecht“, Heinrich Dieb über „Arbeiterversicherung“, Benedikt Schmittmann über „Deffentliche Gesundheitspflege“ und A. Sprungmann über „Jugendbewegung“.